

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Per teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturken hinfallig wird. Erschließungsart Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Die einseitige Jelle oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postsch.-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 131

Altensteig, Freitag, den 9. Juni 1933

58. Jahrgang

Das deutsche Transfer-Moratorium

Vorübergehende Transfer-Unterbrechung für Verpflichtungen vor der Julifrist 1931

Berlin, 8. Juni. Nachdem auch die Vertreter der kurz- und langfristigen Auslandsgläubiger in der vorwöchigen Zusammenkunft mit der Reichsbank einhellig anerkannt haben, daß bei einem weiteren Rückgang der Gold- und Devisenreserven die volle Funktion der Reichsbank als zentrales Notenbankinstitut beeinträchtigt werde, und es daher wünschenswert sei, diese Reserven schrittweise zu erhöhen, hat die Reichsbank nunmehr an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in welchem sie davon Mitteilung macht, daß sie mit Wirkung vom 1. Juli d. J. für eine vorübergehende und hollentlich kurze Zeit die Zuteilung von Devisen auf alle diejenigen Zahlungen einstellt, welche Verpflichtungen betreffen, die vor der Julifrist 1931 entstanden sind. Ausgenommen worden sind die bestehenden Stillhalteabkommen. Um ganz klar zu machen, daß es sich bei der vorübergehenden Unterbrechung des Transfers um eine rein volkswirtschaftliche Angelegenheit handelt, nämlich darum, daß die Reichsbank nicht genügend fremde Zahlungsmittel zur Verfügung hat, nicht aber um eine Zahlungsstockung privater Schuldner, hat die Reichsregierung ein Gesetz erlassen, wonach die deutschen Schuldner verpflichtet werden, ihre Zahlungen in Reichsmark weiter zu leisten. Die eingezahlten Markbeträge werden in einer besonderen Kontokorrentkassa so lange verwahrt, bis wieder genügend ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, um den rückständigen Transfer durchzuführen.

Mit dieser Lösung gibt die Reichsregierung klar zu erkennen, daß sie die Sicherheit des privaten Eigentumsrechtes nicht antastet, und daß die deutsche Wirtschaft den festen Willen hat, ihre eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Diese Einstellung Deutschlands gegenüber den Gläubigern ist höher zu bewerten, als in der Wirtschaft zahlreicher anderer Länder nicht nur Transfers, sondern auch Zahlungsmittelverfügungen an der Tagesordnung sind, während in Deutschland mit ganz vereinzelten Ausnahmen die Schuldner ihren Verpflichtungen in vollem Umfange nachkommen sind. Zinsen und Amortisationen sind entrichtet worden in einer Zeit, in der die ganze Welt und insbesondere Deutschland von einer wirtschaftlichen Depression und einem Rückgang aller Werte in einer Weise heimgeglückt wurden, die in der Geschichte kaum ihresgleichen findet. In zahlreichen anderen Ländern mußten bei Anlagewerten konfessionslosen Charakters Zins- und Tilgungszahlungen eingestrichelt oder Morde bewilligt werden. Deutschland dagegen hat bisher alle seine Verpflichtungen erfüllt, und beansprucht auch jetzt keinen Vergleich wegen seiner Verpflichtungen.

Die Vertreter der kurz- und langfristigen Gläubiger Deutschlands haben sich bereit erklärt, auch fernhin mit der Reichsbank in enger Fühlung zu bleiben, und gemeinschaftlich mit ihr zu erwägen, was zur Milderung und, wenn möglich, zur baldigen Beendigung des jetzt eingetretenen Zustandes führen kann. Zu diesen Erwägungen gehört auch die Frage einer Aufteilung der hollentlich bald wieder anwachsenden Devisenaufkommen auf die verschiedenen Schuldbarten. Im Einverständnis mit der Reichsbank treten die Stillhaltegläubiger bereits am 13. Juni d. J. zu einer Besprechung in London zusammen. Die Reichsbank hat an die Vertreter der langfristigen Gläubiger und an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel das Ersuchen gerichtet, ebenfalls in der kommenden Woche in London zu einer Besprechung zusammenzutreten. Die Reichsbank wird bei diesen Besprechungen ihr Möglichstes tun, um zu einer Lösung der seit langem erwarteten und nunmehr eingetretenen Transferfrage beizutragen. Sie wird dabei ausgehen von den beiden Grundfragen, die die Berliner Besprechungen mit den Gläubigervertretern als einseitiges Ergebnis festgestellt haben, nämlich

1. daß die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank zwecks Erhaltung ihrer Funktion als Währungsinstanz wieder angereichert werden muß, und
2. daß der laufende Warenhandel Deutschlands keinen Finanzierungsbeschränkungen unterworfen wird, weil sonst die hervorstechendste Quelle des Devisenaufkommens verschlossen werden würde.

Aus diesem Grunde sind auch alle unkontrollierbaren Zeitungsnachrichten mit größter Skepsis aufzunehmen, die von Vergeltungs- oder Gegenmaßnahmen ausländischer Kreise sprechen, wie z. B. Beschlagnahmen, Zwangsclearing und ähnlichen Dingen. Denn es handelt sich bei dem Vorgehen der Reichsbank nicht um irgend einen willkürlichen Akt, sondern lediglich um die Auswirkung von Tatsachen, an deren Entstehung die Reichsbank völlig unbeteiligt ist, und auf der ein einseitiger, von Deutschland abhängiger Ausweg nicht gefunden werden kann. Sollten sich andere Auswege finden, und sie können auf dem Wege einer Rekonstruktion der internationalen Wirtschaft gefunden werden, so ist die Reichsbank ebenso wie die deutsche Reichsregierung bereit, daran mit allem Nachdruck mitzuarbeiten.

Ein Schreiben des Reichsbankdirektoriums an den Reichskanzler begründet das Vorgehen der Reichsbank mit dem Nachweis über das Abfließen unserer Gold- und Devisendeckung und dem ebenfalls stark abfließenden Ausfuhrüberschuß, und lautet:

Seht geehrter Herr Reichskanzler!

Der Bestand der Reichsbank an eigenem Gold und bedienungsfähigen Devisen, der Ende Juni 1930 mit 2078 Millionen R.M. seinen Höchststand nach der Währungsstabilisierung erreichte, hat infolge der Kreditkündigungen des Auslandes im Anschluß an den im Mai 1931 erfolgten Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt eine rasche Verminderung erfahren. Die nach der Julifrist 1931 getroffenen Stillhaltevereinbarungen und Devisenmaßnahmen haben die Verminderung zwar verlangsamt, jedoch nicht verhindern können, daß am 31. Mai 1933 nur noch circa 280 Millionen R.M. eigenes Gold und bedienungsfähige Devisen in der Reichsbank vorhanden waren.

Wenn auch für den inneren Zahlungsverkehr bei Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft die Höhe der Golddeckung für die Stabilisierung der Reichsmark nicht die frühere ausschlaggebende Rolle spielt, so führt doch der dauernde Gold- und Devisenmangel bei der Reichsbank zu der schwereren Gefahr, daß nicht einmal mehr für die ordnungsmäßige Bezahlung der täglich im deutschen Außenhandelsverkehr benötigten Millionen die vorhandenen Devisenbeträge ausreichen. Diese Gefahr wird umso größer, als mit dem ständigen Rückgang der vorhandenen Devisenreserven der Außenhandel eine immer schärfere Schrumpfung erleidet. Die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz während der letzten Monate mit ihrem stark abfließenden Ausfuhrüberschuß (Monatsdurchschnitt der ersten vier Monate 1932 = 94 Millionen R.M. gegen 44 Millionen R.M. in der entsprechenden Zeit 1933) ist dafür eine treffende Illustration. Die willkürlichen Währungsmaßnahmen in einer Reihe anderer Länder haben eine weitere Gefahr geschaffen. Bisher zeigte Deutschland noch von den Deviseneingängen der früheren Ausfuhrüberschüsse früherer Monate, doch ist ein völliges Zusammensinken der Devisenreserven und damit eine weitere Handelskrumpfung in gefährlicher Nähe gerückt.

Der Eintritt eines solchen Zustandes darf nicht abgewartet werden, wenn die Bezahlung der Einfuhr, insbesondere von Rohstoffen und Halbfabrikaten nicht aufs Spiel gesetzt werden soll, deren Bezahlung die Grundlage für die Beschäftigung einer hochqualifizierten deutschen Arbeiterkraft bildet. Am deutschen Außenhandel sind aber nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern ebenso die Kreditgeber Deutschlands interessiert. Nur soweit der deutsche Außenhandel am Leben bleibt, kann Deutschland Schuldenszahlungen in die Gläubigerwährungen transfizieren. Daß dies überall in der Welt verstanden wird, dafür haben uns die letzten bedeutenden Transferunterhaltungen mit Vertretern der deutschen Auslandsgläubiger einen neuen Beweis erbracht.

Aus dieser Situation ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß unverzüglich wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine weitere Schwächung der Reichsbank zu verhindern und vielmehr eine allmähliche Wiederherstellung ihrer Reserven anzubahnen. Diese Notwendigkeit ist auch von den Auslandsgläubigern Deutschlands sowohl in den Stillhalteabkommen als in der vorerwähnten Aussprache der Vertreter der Auslandsgläubiger voll und ganz anerkannt worden. Die bisher zur Verteidigung oder Stärkung der Reichsbankreserven ergriffenen Maßnahmen sind unwirksam geblieben. Immer wieder sind, um den Schuldendienst einigermaßen aufrecht zu erhalten, nicht nur alle Ueberbrüsse unseres Außenhandels, sondern auch darüber hinaus fortgesetzt die eigenen Devisenreserven der Reichsbank hingegeben worden.

Die Lage hat sich nunmehr so zugespielt, daß die Reichsbank zwecks Aufrechterhaltung des Außenhandels und damit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sich genötigt sieht, in der Devisenbewirtschaftung eine entscheidende Maßnahme einzutreten zu lassen.

Die Reichsbank wird per 1. Juli d. J. für den Transfer aller derjenigen Verpflichtungen, die bei der Bankentlastung am 15. Juli 1931 bestanden, soweit sie nicht in dem sogenannten Stillhalteabkommen besonders geregelt sind, Devisen für eine vorübergehende Zeit nicht mehr zur Verfügung stellen. Diese Maßnahme soll die Reichsbank in den Stand setzen, ihre noch vorhandenen Währungsreserven wirksam zu verteidigen und schrittweise in einem angemessenen Ausmaß wieder aufzufüllen.

Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft

Berlin, 8. Juni. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung neben dem Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland ein Gesetz zur Bekämpfung der Kollage der Binnenwirtschaft, ferner ein Gesetz über Zahlungsfragen der Auswertungssachen beschlossen und das Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft verabschiedet.

Dieses richtet sich gegen eine der schlimmsten Krankheiten, die am Markt der deutschen Volkswirtschaft zehren: die Kapital- und Steuerflucht. Es sind seit Jahren beträchtliche Teile des deutschen Volkvermögens ins Ausland gebracht und zum großen

Teil der Besteuerung in Deutschland entzogen worden. Es sind außerdem beträchtliche Werte des deutschen Volkvermögens, das im Inlande verblieben ist, in Devisen umgewandelt und der Reichsbank vorenthalten worden. Zur Bekämpfung der Kapitalflucht dienen insbesondere die Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung.

Wer sich der Kapital- oder Steuerflucht schuldig macht, begeht Verrat an der deutschen Volkswirtschaft. Solcher muß, vom Standpunkte des Volksganzen betrachtet, streng bestraft werden. Durch das Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft sowie gleichzeitig ausreichend Devisen zur Verfügung zu stellen für alle Bedürfnisse des laufenden Kredit- und Handelsverkehrs mit dem Auslande. Als endgültiges Ziel ihrer Maßnahmen hat die Reichsbank im Auge, die deutsche Währung in den freien internationalen Zahlungsverkehr ebensolch wieder einzufügen und die zukünftige Zahlungsfähigkeit Deutschlands seinen Gläubigern gegenüber bestmöglichst wieder voll wirksam werden zu lassen.

Wir sind uns bewußt, daß durch die vorgeschlagene Maßnahme den Gläubigern vorübergehend Unbequemlichkeiten auferlegt werden, glauben aber, daß es eher im Interesse der Gläubiger liegt, ein solches vorübergehendes, die künftige deutsche Zahlungsfähigkeit stärkendes Opfer zu bringen, als die Gefahr einer dauernden Zahlungsstockung zu laufen. Eine solche Zahlungsstockung wünscht die Reichsbank unbedingt vermeiden zu sehen. Sie richtet daher an die Reichsregierung die Bitte, durch ein entsprechendes Gesetz Vorkehrungen zu treffen, daß allen deutschen Schuldner, denen die Reichsbank zurzeit nicht die nötigen Transferdevisen geben kann, die Verpflichtung auferlegt wird, ihre Zahlungen für den vertraglichen Dienst aller Auslandsschulden, die vor dem 15. Juli 1931 entstanden sind, soweit sie nicht in bestehenden oder künftigen Stillhalteabkommen anderweit geregelt werden, bei Fälligkeit in Reichsmark zum jeweiligen Tageskurs der fremden Valuta an eine neu zu errichtende, von der Reichsbank zu beaufsichtigende autonome Kontokorrentkassa einzuzahlen. Im Falle der Nichtzahlung eines Schuldners müssen dem ausländischen Gläubiger alle regulären gesetzlichen Rechte zur Erlangung der Reichsmarkzahlung zur Verfügung stehen, damit völlig klar wird, daß es sich bei der Maßnahme der Reichsbank lediglich um eine devisenpolitische Maßnahme handelt, nicht aber um die Zulassung einer Zahlungsstockung.

Indem die Reichsbank die vorstehende Maßnahme anregt, wird sie geleitet von dem Wunsche, so rasch wie möglich in einer Wiederbelebung des Welthandels beizutragen. Sie erhofft davon das möglichst baldige Eintreten des Zeitpunktes, in welchem die Reichsbank wieder ausreichend Devisen nicht nur für den Handels- und laufenden Kreditverkehr, sondern auch für den Dienst der langfristigen Schulden zur Verfügung stellen kann. Sie magte damit zugleich eine Initiative ergreifen, um auch die übrigen Staaten und Notenbanken zu Maßnahmen zu veranlassen, den Welthandelsverkehr sobald als möglich aufs Neue zu beleben und möchte deshalb empfehlen, dieses Problem auf der demnächst zusammentretenden Weltwirtschaftskonferenz vorzugsweise zu behandeln, um eine Zusammenarbeit aller interessierten Länder für eine beschleunigte Lösung des Problems herbeizuführen.

Eine solche Zusammenarbeit und ihre alsobaldige Inangriffnahme entspricht auch den Wünschen der Gläubiger Deutschlands, die auf der, wie bekannt, in der Zeit vom 29. Mai bis 2. Juni bei der Reichsbank abgehaltenen Reichsbankkonferenz vertreten waren. Der einmütige Wunsch nach Herbeiführung einer engen Fühlungnahme ist das wichtigste positive Ergebnis dieser Zusammenkunft. Zur Unterrichtung hierüber beehren wir uns einen Abdruck des gemeinsamen, für In- und Ausland gleichzeitig bestimmten Pressecommuniqués zu überreichen und insbesondere auf die im drittletzten Absatz erwähnte Einsetzung eines fünfgliedrigen Komitees von Gläubigervertretern für die langfristigen Schulden Deutschlands aufmerksam zu machen. Nachdem für die Komitees der Gläubiger der kurzfristigen deutschen privaten und öffentlichen Schulden bereits eine Tagung in London während der Dauer der Weltwirtschaftskonferenz in Aussicht genommen worden ist, glauben wir auch die Mitglieder der neuen Komitees zur selben Zeit nach London zusammenbitten zu sollen, um mit allen gleichzeitig die Frage des weiteren Vorgehens und insbesondere der Handhabung der beschränkten Devisenbestände und der Devisenaufkommen zu erörtern, mit dem Ziele, einer möglichst baldigen Ueberleitung des neuen Jahres für die Wiederaufnahme des freien Transfers.

Aufwärtsbewegung deutscher Werte an der Londoner Börse

London, 8. Juni. An der Londoner Börse entwickelte sich eine kräftige Aufwärtsbewegung von deutschen Fonds, was in der Hauptsache auf das Eintreffen beruhigender Meldungen aus Berlin über die Transferfrage zurückzuführen war. Die Staatsanleihe stieg vorübergehend bis auf 70 Prozent nach 62 Prozent, während die Younganleihe von 41 Prozent bis auf 49 Prozent anstieg.

Teil der Besteuerung in Deutschland entzogen worden. Es sind außerdem beträchtliche Werte des deutschen Volkvermögens, das im Inlande verblieben ist, in Devisen umgewandelt und der Reichsbank vorenthalten worden. Zur Bekämpfung der Kapitalflucht dienen insbesondere die Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung.

Wer sich der Kapital- oder Steuerflucht schuldig macht, begeht Verrat an der deutschen Volkswirtschaft. Solcher muß, vom Standpunkte des Volksganzen betrachtet, streng bestraft werden. Durch das Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft



wird denjenigen Personen, die sich der Kapital- oder Steuerflucht schuldig gemacht haben, die letzte Möglichkeit gegeben, Straffreiheit zu erlangen. Das Gesetz sieht vor, daß der Kapital- oder Steuerflüchtige straffrei bleibt, wenn er die am 1. Juni 1933 im Auslande befindliche, aber in seiner letzten Vermögenserklärung nicht angegebene Vermögensstücke und die in seinem Besitz befindlichen Devisen, die am 1. Juni 1933 anbotungspflichtig waren, bis zum 31. August 1933 bei dem für ihn zuständigen Finanzamt oder bei einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung anzeigt.

Im Falle der rechtzeitigen Anzeige bleibt die betreffende Person wegen Steuerzweckverhandlung oder Devisenzweckverhandlung straffrei. Es sind lediglich die zu wenig gezahlten Steuern nachzuzahlen.

Wenn ein deutscher Reichsangehöriger die Anzeigepflicht bis zum 31. August 1933 nicht erfüllt, wird er wegen Betruges der deutschen Volkswirtschaft schwer bestraft, und zwar mit Zuchthaus, wenn die Anzeige vorwiegend unterblieben ist, und mit Gefängnis nicht unter einem Jahr, wenn die Anzeige aus Fahrlässigkeit unterblieben ist. Daneben kann auch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Es wird ausdrücklich betont, daß das Gesetz vom 8. Juni 1933 das letzte ist, das Kapital- und Steuerflüchtigen die Möglichkeit gibt, die Dinge, die sie zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft in den gesetzlich vorgeschriebenen Erklärungen verschwiegen haben, anzugeben, wenn sie der Verurteilung wegen der durch sie erfolgten Schädigung der deutschen Volkswirtschaft entgehen wollen.

Durch das Gesetz vom 8. Juni 1933 sollen erreicht werden:

1. eine Befreiung der Unruhe, die wegen vermutterter Kapital- oder Steuerflucht da und dort vorhanden ist,
2. die Wiederherstellung der Kapital- und Steuermoral, soweit sich diese auf im Auslande befindliches Vermögen oder auf im Inlande befindliche Devisen erstreckt,
3. die Herstellung der steuerlichen Gleichmäßigkeit,
4. eine Erhöhung des Devisenbestandes der Reichsbank.

Empfang der englischen Sportflieger

beim Reichskanzler

Berlin, 8. Juni. Die in Berlin weilenden englischen Sportflieger ließen sich in der Reichskanzlei dem Reichskanzler Adolf Hitler vorstellen. Reichskanzler Adolf Hitler gab seiner besonderen Freude über den Besuch der englischen Sportflieger Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß die englischen Gäste die besten Eindrücke von Deutschland mit nach Hause nehmen würden. Als deutscher Soldat habe er persönlich während des Krieges in holländischen Gefangenschaft die Leistungen der englischen Flieger zu bewundern. Er sei überzeugt, daß auch die englischen Gäste, soweit sie damals an der Front gewesen seien, in gleicher Weise Achtung vor der Ritterlichkeit der deutschen Gegner empfunden hätten. Das aufrichtige Gefühl dieser gegenseitigen Achtung bilde die zuverlässigste Grundlage für die politischen Beziehungen der beiden großen germanischen Nationen in den kommenden Jahren. Nur im Geiste dieser jungen Generation könne ein neuer Anstoß gemacht werden zur Behebung auch der wirtschaftlichen Räte unter den Völkern. Von deutscher Seite aus werde alles geschehen, um dieses Ziel zu verwirklichen. Die englischen Gäste hätten sich selbst ein Bild davon machen können, daß nicht Terror deutsches Leben beherrsche, sondern daß hier ein Volk sich selbst wiedergefunden habe, und daß hier ein Geist walte, der aus den Idealen einer jungen deutschen Nation geboren sei. Er begrüße die englischen Gäste auch namens der großen nationalsozialistischen Bewegung, die den Willen habe, den Geist der Verbundenheit zwischen den beiden Nationen wachzujakten.

Kamens der englischen Gäste dankte Mr. Everard für die freundliche Aufnahme in Deutschland und für die Ehre des Empfanges bei dem Reichskanzler, in dessen Hand heute ein großer Teil der Weltgeschichte und der Weltgeschichte ruhe. Eine bessere Verbindung bedeute besseres Verständnis. Besseres Verständnis bedeute weniger Reibung. Weniger Reibung bedeute Frieden. An dem Empfang schloß sich eine Besichtigung des Zentralflughafens Tempelhof und auf besonderen Wunsch der englischen Gäste auch des Reichstagsgebäudes an.

Zusammentritt der internationalen Arbeitskonferenz

Genf, 8. Juni. Die 17. Internationale Arbeitskonferenz hat heute begonnen. Von den 56 Mitgliedsstaaten sind 47 Staaten vertreten. Der deutschen Delegation, die von Ministerialdirektor Engel vom Reichsarbeitsministerium geführt wird, gehören als Vertreter der Arbeitgeber Kommerzienrat Vogel, als Arbeitnehmervertreter der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, an. Diesen drei deutschen Hauptdelegierten sind zahlreiche technische Sachverständige beigegeben. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde einstimmig bei Stimmenthaltung der marxistischen Arbeitnehmer der italienische Senator de Michelis gewählt. Als der französische Sozialistenführer Jouhaux die Erklärung abgab, daß die Arbeitnehmergruppe sich bei der Wahl der Stimme enthalten würde, erklärte der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, unter stichtlicher Bewegung zur Tribüne, um in einer kurzen, markanten Erklärung festzustellen, daß die Arbeitnehmervertreter der deutschen Delegation die Erklärung des Herrn Jouhaux nicht billigten. Im Namen der Deutschen Arbeitsfront und der 10 Millionen organisierten deutschen Arbeiter spreche er sich für die Wahl des italienischen Vertreters aus, nicht nur wegen der persönlichen Verdienste des Herrn de Michelis, sondern weil die deutschen Arbeiter in ihm das befreundete Italien ehren wollen. Beim Verlassen der Tribüne begrüßte der deutsche Arbeiterführer den italienischen Delegierten im Vorbeigehen mit erhobener Hand Herr Jouhaux konnte es sich nicht verlagern, einen auf der Tribüne unverständlichen Zwischenruf, der aber sichtlich gegen die deutschen Delegierten gerichtet war, zu machen. Der Zwischenruf fand allerdings sonst keine Beachtung.

Marginaler Vorstoß gegen Dr. Ley in Genf

In der nichtöffentlichen Sitzung der Arbeitergruppe kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen der sozialistischen Mehrheit

dieser Gruppe und den deutschen und italienischen Arbeitervertretern. Die Vertreter der Amsterdamer Internationale richteten ihre Gewaltpolitik, denen in den letzten Jahren der faschistische Vertreter lothauernd ausgekehrt war, heute auch gegen die von der Deutschen Arbeitsfront entsandten Vertreter. Die Mehrheit lehnte es ab, in den Arbeitsausschüssen der Konferenz die deutschen und italienischen Vertreter als stimmberechtigte Mitglieder zu entsenden. Der Antrag Dr. Leys, die Ausschüsse wie in den früheren Jahren zu besetzen, — die deutschen Arbeiterdelegierten waren auf den früheren Konferenzen in elf von zwölf Ausschüssen vertreten — wurde abgelehnt. Die Mehrheit lehnte es auch ab, den früheren freien Gewerkschaftler Leys, der von der Arbeitergruppe selbst in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes delegiert worden war, als deutschen Arbeiterdelegierten in die Kommissionen zu entsenden. Dr. Ley und der faschistische Delegierte Luigi Rizzo protestierten aufs heftigste gegen diese brutale Unterdrückung der Minderheit seitens der Mehrheit. Ohne daß der Vorsitzende, der belgische Sozialistenführer Mertens, einschritt, wurden Schimpfworte gegen den deutschen Vertreter laut. Dr. Ley ersuchte den Vorsitzenden vergebens, ihn gegen Beleidigungen in Schutz zu nehmen. Meistens erwiderte in gereiztem Tone, er verbiete sich jede Beleidigung seitens des deutschen Vertreters. Daraufhin erklärte Dr. Ley, die Würde seines Landes verbiete ihm, sich an der Diskussion weiter zu beteiligen. Die Arbeitergruppe nahm sodann gegen den deutschen und italienischen Vertreter vorläufig die Besetzung des sogenannten Vorschlagsausschusses und des Entschließungsausschusses vor. In beiden sind Deutschland und Italien durch Delegierte nicht vertreten.

Großfeuer im Bremer Hafen

Bremen, 8. Juni. Das letzte Großfeuer im Bremer Hafen ist noch nicht ganz gelöscht und schon ist in nächster Nähe dieser Brandstelle, unmittelbar gegenüber dem Feuerdepot, wieder ein Brand — von noch gewaltigeren Ausmaßen — zum Ausbruch gekommen. Das Feuer ist ganz überraschend entstanden. Die Ursache steht noch nicht fest. Ein Schuppen, in dem Fischmehl in großen Mengen gelagert wird, stand plötzlich in hellen Flammen, die sofort auf den neben dem Schuppen errichteten provisorischen Baumwollschuppen übergriffen. Trotdem die Wehr sehr rasch zur Stelle war, mußte der Schuppen schon als verloren aufgegeben werden. Den gemeinsamen Bemühungen der Bremerhavener und Wesermündener Feuerwehren sowie der Schupo und der SA gelang es, kurz nach 1 Uhr das Feuer im Bremerhavener Neuen Hafen so weit in die Gewalt zu bekommen, daß die Gefahr eines weiteren Umsichgreifens als beseitigt betrachtet werden kann. Die Schuppen, in denen u. a. einige tausend Zentner Fischmehl, eine Maschinenanlage und 3000 Ballen Baumwolle lagerten, sind niedergebrannt. Der Nebenschuppen mit mehreren tausend Ballen Baumwolle konnte gerettet werden.

Franz. Blätterstimmen zum Biermächte-Pakt

Paris, 8. Juni. Die Blätter beschäftigen sich mit der Paraphierung des Biermächtepaktes. Soweit sie nicht der Opposition angehören und diesen Pakt schon in der Vorbereitungszeit bekämpft haben, stellen sie die Beförderung der französisch-italienischen Beziehungen in den Vordergrund, die sich aus dem Biererpakt ergebe und die Mussolini im italienischen Senat ganz besonders hervorgehoben habe.

„Journal“ meint, die ausgesprochen revisionistische Tendenz der italienischen und sogar der englischen Politik sei in dem anfänglichen Textentwurf deutlich zum Ausdruck gekommen. In der neuen Fassung werde sie mehr in den Schatten gerückt, aber doch nicht ganz, denn Mussolini habe im Senat auf der entscheidenden Rolle des Revisionsartikels 10 des Völkerbundesstatuts bestanden. „Petit Parisien“ betont, daß vom Inhalt und Folgen der früheren Verträge nichts geändert werde. Auch „Eclair“ hebt hervor, daß Frankreich seine früheren politischen Bindungen nicht aufgeben, sondern erweitern. „Quotidien“ ist mit der Paraphierung des Biermächtepaktes unzufrieden, denn dieser isolierte innerhalb des Völkerbundes die vier westlichen Großmächte und sei daher vom Imperialismus angekränelt. Eine derartige Politik könne, wie dies die geschichtlichen Lehren bewiesen, rasch zu bewaffneten Konflikten führen. Auch „Oder“ wendet sich gegen den Pakt, der Frankreich in eine gefährliche Lage bringe. In einer Auslassung der Havas-Agentur zum Biererpakt wird erklärt, daß die Paraphierung in Paris mit Genugtuung aufgenommen worden sei. Dieses wichtige diplomatische Ereignis stelle nach Ansicht der französischen Regierungskreise nur eine erste Etappe zu einer Entspannung der europäischen politischen Lage dar. Versteht sich noch vor der endgültigen Unterzeichnung müßten die Verhandlungen aufgenommen werden, um die praktische Bedeutung des Paktes festzulegen.

Neues vom Tage

Der Württ. Landtag eröffnet

Der Württ. Landtag ist in seiner neuen Zusammenfassung auf Grund des letzten Reichstagswahlergebnisses gestern zum erstenmal zusammengetreten und in feierlicher Weise von Dr. Jonathan Schmid eröffnet worden. Die neue Volksvertretung zählt nur noch 54 Mitglieder; die Kommunisten sind nicht wiedergekehrt. Der erste Punkt der Tagesordnung bildete die Wahl des Präsidenten. Auf Vorschlag der nationalsozialistischen Fraktion wurde der Landtagsabgeordnete Staatsrat Waldmann zum Präsidenten gewählt, zum ersten Vizepräsidenten der Zentrumsabgeordnete Andre, zum zweiten der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Pfannenschwarz. Nach der Wahl erhob sich der Reichsstattthalter Kurr zu einer Ansprache, in welcher er hauptsächlich die Aufgabe der Volksvertretung hervorhob. Nach ihm sprach Ministerpräsident Mergenthaler über die Aufgaben der Landespolitik. Zum Schluß wurde das Ermächtigungsgesetz angenommen, das wir schon in unserer Mittwoch-Ausgabe veröffentlicht haben. Der ausführliche Landtagsbericht befindet sich in der Beilage unseres heutigen Blattes.

Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz bis 3. Juli verlagert

Genf, 8. Juni. Der Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz hat sich nachmittags einer kurzen Debatte, in der die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Spaniens ziemlich scharf gegen die Erklärungen des japanischen Vertreters Stellung nahmen, endgültig bis zum 3. Juli verlagert.

Keine Erörterung der Kriegsschulden und der Abrüstung auf der Weltwirtschaftskonferenz

London, 8. Juni. Die amerikanische Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz ist heute in Plymouth eingetroffen. Der Führer der Delegation, Hull, erklärte auf das Entschiedenste, daß die Frage der Kriegsschulden auf der Konferenz nicht diskutiert werde. Ebenso werde die Abrüstung nicht erörtert werden.

Die spanische Regierung zurückgetreten

Madrid, 8. Juni. Die spanische Regierung ist zurückgetreten. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten über den Rücktritt des Kabinetts hatte der bisherige Premierminister Azana eine Umbesetzung verschiedener Ministerposten vorgeschlagen. Als der Präsident der Republik, Alcala Zamora, erklärte, er müsse sich erst mit den republikanischen Gruppen in Verbindung setzen, ehe er sich zu dem Vorschlag äußern könne, hat das Kabinett seine Demission eingereicht.

Fassadenkletterer Willi Kahner erschossen

Dresden, 8. Juni. In der Nacht zum 2. Juni wurde ein wilder Diamantenhändler, der auf der Straße Delfine zum Verkauf anbot, von einem Volkspolizeibeamten zur Rede gestellt und, da er mit einem Revolver gegen den Beamten vorging, im Handgemenge durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Ermittlungen der Dresdener Kriminalpolizei haben jetzt ergeben, daß der Erschossene der berühmte Fassadenkletterer Willi Kahner aus Berlin ist.

„Graf Zeppelin“ von Rio de Janeiro wieder abgeflogen

Rio de Janeiro, 8. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstag um 5.55 Uhr hier gelandet und mit Dr. Edener an Bord um 6.35 Uhr wieder aufgefliegen.

Explosion eines Pulvermagazins in Japan

Tokio, 8. Juni. Durch die Explosion des Pulvermagazins in Hamamatsu sind nach den bisherigen Feststellungen etwa 22 Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest. Mehr als 50 Flugzeuge wurden zerstört. Drei Schuppen, in denen Kriegsmunition lagerte, ein Pulvermagazin, ein Benzinbehälter und zahlreiche Gebäude sind gleichfalls vernichtet. Die Explosion ereignete sich beim Abladen von Fliegerbomben und wird auf Unvorsichtigkeit eines Arbeiters zurückgeführt.

Richard Strauß dirigiert in Bayreuth

Bayreuth, 8. Juni. Aus Anlaß des Richard-Wagner-Gedenkjahres wird in diesem Jahre der „Parsifal“ in der von Richard Wagner im Jahre 1882 selbst inszenierten Form herausgebracht. Die Aufführungen werden von Dr. Richard Strauß dirigiert, der bereits in den Jahren von 1889 bis 1904 bei den Festspielen mitgewirkt hatte. Ferner werden bei den diesjährigen Festspielen die „Meistersinger“ und der „Ring des Nibelungen“ in völliger Reinszenierung aufgeführt. Karl Elmendorff behält die Leitung des ihm von Siegfried Wagner anvertrauten „Ringes“. Außerdem dirigiert er die „Meistersinger“.

Notlandung des Wellfliegers Mattern

Moskau, 8. Juni. Der Wellflieger Mattern hat bei Prokopjewsk, 600 Kilometer von Komolobirof entfernt, eine Notlandung vorgenommen. Von Komolobirof aus ist ein Flugzeug mit einem Mechaniker und Ersatzteilen nach Prokopjewsk abgeflogen.

Wißflüchter Start zum Ozeanflug

London, 6. Juni. Das Fliegergepaar Jim und Amy Molison wurde bei dem Versuch, den von ihm geplanten Flug über den Atlantischen Ozean anzutreten, von einem Mißgeschick betroffen, bei dem beide Molisons unverletzt blieben, während ihre Maschine schwer beschädigt wurde. Das mit Brennstoff schwer beladene Flugzeug lief etwa 100 Meter, stellte sich dann infolge einer Unebenheit des Geländes auf den Kopf und fiel wieder zurück. Das Untergerüst und die beiden unteren Tragflächen zerbrachen, der Propeller wurde zerbrochen und die Motoren aus ihren Lagern gerissen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 9. Juni 1933.

Hausfrauenverein. Bei der gestrigen Monatsversammlung berichtete die Vorsitzende über das gute Ergebnis des Muttertags, das nach Abzug aller Auslagen den Nettobetrag von 50 Mark für die nächste Winterhilfe ergab. Ferner hörte man Berichte über die Frühjahrstagung der Hausfrauenvereinsvorsitzenden über den Hausfrauentrefftag bei der Ausstellung: „Die Frau“ in Berlin sowie über den Beitritt des Reichsverbands Deutscher Hausfrauenvereine zur deutschen Frauenfront, welche alle nationalen deutschen Frauenverbände in sich zusammenfaßt, ohne ihnen ihre Selbständigkeit oder ihre Rechte zu nehmen. Dann hatte die Vorsitzende Frau Beeh noch einige Vorschläge für den Vereinsausflug und trug dieselben vor. Nach Einigung über den Ausflugsort und das Ziel des Beselbes trennte man sich frühlich in der Vorfreude eines schönen Nachmittags.

Am Samstag große Enz-Anlagenbeleuchtung in Wildbad. Wie in den letzten Jahren hat die staatliche Badverwaltung Wildbad im Schwarzwald auch in diesem Jahr die großen Enz-Anlagenbeleuchtungen wieder auf Samstag und zwar — günstige Witterung vorausgesetzt — die erste auf kommenden Samstag, den 10. Juni festgelegt. Nach den gemachten Erfahrungen wird dies besonders von den Wochenendgästen begrüßt, zumal auch für den an diesem Tag von 9.30 Uhr ab im Kurjaal stattfindenden Tanzabend von der Ballanzugsvorschrift abgesehen wird. Die Enz-Anlagenbeleuchtungen in Wildbad genießen Weltberühmtheit. Wer sie in ihrer märchenhaften Pracht einmal gesehen hat, kommt immer wieder. Die Reichsbahn führt am 10. Juni einen Verwaltungsförderzug von Forstheim aus und wieder dahin zurück mit halt auf allen Zwischenstationen. Außerdem fahren von allen Plätzen Süddeutschlands an diesem Tag Gesellschaftsautos zu besonders billigem Preis nach Wildbad.



Großes Treffen der Hitlerjugend in Stuttgart. Die Hitler-Jugend veranstaltete am 8. und 9. Juli in Stuttgart einen großen Jugendtag. Es werden 10-12 000 Jungens und Mädels nach Stuttgart kommen. Eine große Kundgebung wird den Jugendtag am Samstagabend eröffnen. Am Sonntag wird ein großer Feldgottesdienst, ein Propaganda-Marsch und eine Besichtigung der angetretenen Jungens stattfinden. Nachmittags zeigen wir unser Können und unser Wollen in einer kulturellen Kundgebung im Freilicht-Theater.

Der Juni- oder Brachkäfer fliegt. Wer am sonnigen Junimorgen den schmalen Wiesenpfad hinwandert, sieht verwundert in das hundertsfältige Schwirren, Auf- und Niedersteigen der schwärmenden Juni- oder Brachkäfer. Im Graswald der hochgewachsenen Wiese zwischen Kraut und Blumen ist ihr liebster Aufenthalt. Weil die Junikäfer in den Monaten Juni, Juli, also um die Sommerjohanniswende, fliegen, werden sie auch Sonnenwendkäfer genannt. Bei hartem Auftreten werden die kleinen Verwandten des Maikäfers schädlich, befallen Kohl, Bohnen und Erbsen und tun sich auch im Erdbeerbeet gut. Die das Erdreich durchwühlende Larve nährt sich von Gemüswurzeln und ist deshalb dem Gärtner und Bauern verhaßt. Der Zoologe kennt den Junikäfer als Amphimallus solstitialis.

Agald, 8. Juni. (Unglücksfall.) Im städtischen Steinbruch erlitt der 21jährige Herrmann vom Freiwilligen Arbeitsdienst durch sich lösende Steinmassen einen Bruch des linken Unterschenkels. Er mußte ins Bezirkskrankenhaus eingeliefert werden.

Deckensronn, 6. Juni. Am Dienstag wurde der zwanzigjährige SA-Mann Wilhelm Aichele von hier auf der Straße von Böblingen nach Ehningen von einem Lastwagen angefahren und vom Rad geschleudert. Er mußte noch am gleichen Tag in die Klinik nach Tübingen verbracht werden. Innere Verletzungen dürfte er keine davongetragen haben.

Widbad, 7. Juni. (Ein tapferes Mädchen.) In der Nacht auf Sonntag wurde die Tochter Hermine des Garagenbesizers Friedrich Krauß von einem Hilfspolizisten auf einen verdächtigen Feuerstein im zweiten Stock des Garagenbaues an der Bismarckstraße, in welchem zwölf Personenwagen untergebracht waren, aufmerksam gemacht. Beim Hinzueilens entdeckte sie an einem etwa eine Viertelstunde vorher eingestellten Wagen einen Bergarbeiterbrand, schleppte den Schaumlöschherbe, bugsterte den Wagen, der eigenen Lebensgefahr nicht achtend, sofort ins Freie und verhielt durch ihre rasche Entschlossenheit ein größeres Unglück.

Mülingen, 4. Juni. Gestern wurde hier der kleine Emil Teufel von einem Motorrad erfasst und eine Strecke weit geschleift. Er wollte die Straße hinter einem Auto überqueren und ließ so in das von der Gegenseite kommende Motorrad. Die Verletzungen sind nicht gefährlich.

Kottenburg, 6. Juni. (Hitler-Jugend-Treffen auf Schloss Weitenburg.) Die Hitler-Jugend der Bezirke Horb, Kottenburg, Tübingen, und Herrenberg veranstaltete über die Pfingstfeiertage ein Lager auf Schloss Weitenburg. Baron v. Kähler empfing die jugendlichen Gäste in herzlicher Weise und bot ihnen Unterkunft. Am Sonntag und Montag fanden im Verein mit den Stürmen 15/125 und 5/125 bei Horb Geländebungen statt, die von einem ordnungsvollen Umzug durch die Stadt abgeschlossen wurden.

Neßtetten, Ost. Balingen, 8. Juni. (Erdbebenwarte.) Im Untergeschoß des hiesigen Gemeindehauses wurde vom Statistischen Landesamt eine Erdbebenwarte eingerichtet. Es sind zwei Horizontalschwerpendel von je 80 Kilogramm, das eine in Nord-Süd, das andere in Ost-West-Richtung aufgestellt, die wagrechte Bodenverschiebungen bei Erdbeben aufzeichnen. Die Einrichtung gilt in erster Linie der Aufzeichnung der Alb-Beben.

Tailfingen, Ost. Balingen, 8. Juni. (Fastentilgung.) Vom Heuberg sind 22 hiesige Schutzhaftlinge wieder in die Heimat zurückgeführt, in der Hauptache Kommunisten. In Schutzhaft sind noch 25 Leute von Tailfingen. Gegen eilige Schwaben Verfahren wegen Landfriedensbruch und Vorbereitung zum Hochverrat.

Stuttgart, 8. Juni. (Stahlhelm-Fahnenweihe.) Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten, Kreis Stuttgart, nimmt am kommenden Sonntag eine Fahnenweihe vor. Voraus geht am Samstagabend im Festsaal der Vederhalle ein Stahlhelm-Abend, an dem u. a. Generaloberst a. D. Heze über den Stand der Abrüstung und die wehrpolitische Lage Deutschlands, ferner Rektor Dr. Wolter über den völkischen Aufbau des Staates sprechen wird. Am Sonntag früh ist großes Weiden, von 7-8 Uhr Konzert auf dem Schloßplatz und um 10 Uhr Feldgottesdienst auf dem Karlsplatz mit Fahnenweihe durch den Landesführer Baden-Württemberg, Dr. Benzl. Anschließend Vorbereitungsabend am Neuen Schloß und Marsch durch die Stadt, nachmittags Festkonzert im Garten der Vederhalle.

Beamten unter dem Hakenkreuz. Die städt. Beamtenschaft hat sich in einer im großen Saal des Stadtgartens abgehaltenen Versammlung, an der auch Staatskommissar Dr. Strölin teilnahm, klar und bestimmt hinter die nationale Regierung gestellt. Der erhebende Verlauf der Versammlung und die starke Beteiligung zeigten, daß die Beamtenschaft der Stadtverwaltung ihr höchstes Ziel in restloser operativer Pflichterfüllung im Sinne der neuen Regierung sieht. Staatskommissar Dr. Strölin dankte für das Geübene, treu zum neuen Staat und zu den von ihm eingesetzten Führern zu halten. Es sei ein Fehler der Beamtenhaft gewesen, daß sie das politische Kampffeld zu lange den staatsfeindlichen und den auf Klassenkampf und Volksverhetzung eingestellten politischen Parteien überlassen habe. Was die städt. Besoldungsordnung anlangt, so werde diese eine gewisse Angleichung an die Körperschafts-Besoldungsordnung erfahren müssen. Es bestände Aussicht, daß die Durchschnittszeit in Stuttgart noch in diesem Sommer, zum mindesten verschuweiselt, eingeführt würde. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Dr. Strölin, daß diejenigen Beamten, die nicht gewillt seien, auf dem Boden der nationalen Grundlage positiv mitzuarbeiten, aus dem Beamtenkörper ausscheiden müßten.

Bereinigung ehemaliger Diga-Grenadiere. Oberleutnant a. D. v. Haldenwang hat wegen seiner außerordentlich starken beruflichen Inanspruchnahme nun auch den Vorsitz in der Vereinigung ehemaliger Diga-Grenadiere niedergelegt. Er hat in der Vorstandssitzung am 2. Juni auf Grund des neuen Führerprinzips zu seinem Nachfolger den bisherigen erprobten Leiter der Schießabteilung der Vereinigung, Major a. D. Hermann Kampacher, den Sohn des Generals der Infanterie a. D. v. Kampacher, ernannt. Oberleutnant v. Haldenwang hat sich um die Vereinigung, einen der angesehensten, im ganzen Land und darüber hinaus verzweigten Regimentsverein, an dessen Spitze er seit März 1924 stand, große Verdienste erworben, die schon vor einigen Jahren durch seine Ernennung zum Ehrenmitglied gewürdigt worden sind. Der Name v. Haldenwang, mit dem ruhmreichen Regiment aufs engste verknüpft, wird auch mit der Vereinigung immer verbunden bleiben.

Arbeitsmarktlage. Das Arbeitsamt Stuttgart teilt uns mit: Die Besserung der Arbeitsmarktlage hat auch in der zweiten Hälfte des Mai langsame Fortschritte gemacht. Gegenüber 44 464 Stellungsuchenden Ende April sind es Ende Mai 42 433. In der Arbeitslosenversicherung war der Stand am 31. Mai 2487 männliche und 1011 weibliche Arbeitslosenunterstützungsempfänger; 7682 männliche, 2347 weibliche Krisenunterstützungsempfänger. Von den insgesamt 13 507 Unterstützungsempfängern entfallen 11 306 auf Groß-Stuttgart.

Hall, 8. Juni. (Bauunfall.) Donnerstag ereignete sich auf der Baustelle an der Umleitungsstraße ein Unglücksfall mit Todesfolge. Der 33 Jahre alte bei der Firma Wolter u. Göbel, Ehlingen, beschäftigte Erdbarbeiter Kaspar Brenner, wurde von einem ins Rollen geratenen Kollwagen an einen Masten gedrückt und den alsbaldigen Tod herbeiführte. Eine Witwe mit 3 unversorgten Kindern trauert um den Ernährer.

Sigmaringen, 8. Juni. (Reg.-Präsident Dr. Simons bestätigt.) Der kommissarische Regierungspräsident Dr. Simons ist vom preussischen Ministerpräsidenten zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen ernannt worden. Dr. Simons hat sich in der kurzen Zeit seiner hiesigen Amtstätigkeit das Vertrauen und die Achtung der Bevölkerung erworben.

Aus Baden

Pforzheim, 7. Juni. (Ein bezehrtes Amt.) Insgesamt sind bisher 39 Bewerbungen um den Pforzheimer Oberbürgermeisterposten eingegangen. Unter diesen befinden sich 31 Juristen, 4 Volkswirte, 1 Regierungsabteilungsleiter, 1 höherer Verwaltungsbeamter, 1 Kaufmann und einer ohne Berufsangabe. Nach dem Geburtsland sind 7 Badener, 1 Württemberger, 7 Bayern, 22 Preußen, 1 Mecklenburger und 1 Sachse. Keiner der Bewerber ist in Pforzheim anässig, dagegen befindet sich ein in Berlin wohnhafter gebürtiger Pforzheimer darunter.

Gernsbach, 7. Juni. (Mit der Art gegen den Polizeibeamten.) Als ein Polizeiwachmeister in Ottenau einen der Schule ferngebliebenen Schüler in der elterlichen Wohnung abholen wollte, wurde er von der Mutter des Schülers aufgefordert, das Haus zu verlassen. Als er dieser Aufforderung nicht nachkam, holte die Frau in der Küche eine Art und drang damit auf den Polizeibeamten ein. Der Beamte nahm ihr das gefährliche Werkzeug ab.

Rehl, 7. Juni. (Anämie.) Unter dem Pferdebestand der Landwirte macht sich in letzter Zeit die gefährliche Pferdekrankheit „Anämie“ stark bemerkbar. Der vorhergehenden Blutfraßkrankheit fielen bereits vier junge wertvolle Tiere zum Opfer, deren Besitzer umso größeren Schaden erleiden, als sie nicht versichert sind. Alle Bemühungen, die Seuche einzudämmen, waren bisher erfolglos.

Gegen unlautere Methoden

Das Präsidium des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, an dessen Spitze Verlagsdirektor Aman von „Völkischen Beobachter“, Verleger Dr. Jäncke (Hannover) und Verlagsdirektor Jahn vom nationalsozialistischen „Angriff“ (Berlin) stehen, veröffentlicht in der neuesten Nummer des „Zeitungsverlags“ Richtlinien für die Werbung von Zeitungen. Einleitend wird gesagt, daß zahlreiche Beschwerden über Mißstände auf dem Gebiet des Wettbewerbes der Zeitungen eingelaufen seien. Auf dem Gebiet der Abonnements- und Anzeigenwerbung seien von Werbern Mittel angewandt worden, die sowohl gegen die guten Sitten als gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößen hätten. Das Präsidium fordert alle Mitgliedsverlage auf, die vorhandenen Mißbräuche auf dem Gebiete des Wettbewerbes unverzüglich abzustellen. Für den freien Wettbewerb in Zeitungsreisen können nur folgende Richtlinien maßgebend sein:

Die Werbung soll stets die eigene Leistung der Zeitung in reaktionellen Teil und den besonderen Wertewert ihres Anzeigenteils in den Vordergrund stellen. Die Verächtlichmachung und Verunglimpfung von Konkurrenzzeitungen oder Konkurrenzverlagen ist unzulässig. Auch die schärfsten Propaganda-Maßnahmen dürfen die Grenzen nicht überschreiten, die durch gesetzliche Bestimmungen (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) und durch die gewerbeübliche Verkehrssitte gezogen sind. Ebenso unzulässig ist die Werbung mit Mitteln, die gegen die guten Sitten verstößen, z. B. Androhung von geschäftlichen oder beruflichen Boykott, Androhung von wirtschaftlichen Nachteilen, Aufstellen von schwarzen Listen und Anwendung ähnlicher Druckmittel. Das Präsidium des V. D. Z. V. erwartet, daß die Mitgliedsverlage bei ihren Werbemaßnahmen die obigen Gesichtspunkte berücksichtigen und daß die Verlage zur Durchsetzung dieser Richtlinien schärfste Kontrolle über ihre Werber ausüben und ungeeignete Elemente aus der Werbung entfernen.

Die Erdbeben in der Gegend von Münsingen

Stuttgart, 8. Juni. Der Württ. Erdbebedienst teilt mit: Am letzten Sonntagabend haben, wie schon berichtet, die Instrumente der Württ. Erdbebenwarte zwei schwache Nachbeben aufzeichnet. Das erste um 20.50 Uhr und das zweite um 20.57 Uhr.

Die Entfernung beider Beben von Stuttgart (Erdbebenwarte in der Villa Reichenstein) beträgt rund 50 Kilometer. Fast genau ebenso groß ist die Herdentfernung von der neu eingerichteten Erdbebenwarte in Neßtetten, die gerade einen Tag vorher in Betrieb genommen worden war. Nach den Berechnungen aus den Stuttgart- und Neßtetten-Anzeigungen liegt der Herd in der Gegend von Münsingen, wo die Erschütterungen auch von den Leuten wahrgenommen wurden. Dies ist der zweite Fall, daß nach den Registrierungen der Erdbebenwarten die Münsinger-Tracher Gegend einwandfrei als Herdgegend nachgewiesen werden konnte; die erste Gelegenheit dazu gab das Beben am 22. Dezember 1931.

Turnfest und Einzelhandel

Stuttgart, 8. Juni. In einer Versammlung von Angehörigen des Stuttgarter Einzelhandels teilte der Vorsitzende des Hauptvereins der Einzelhändler für das 15. Deutsche Turnfest, Dr. Obermeyer, mit, daß mit 100 Sonderzügen nach Stuttgart und mit der Teilnahme von 200 000 Turnern gerechnet werden muß. Zur Verfügung stehen 90 000 Bürgerquartiere und 60 000 Massenquartiere. Man rechnet damit, daß durch das Turnfest 10 Millionen RM. in die Stadt fließen. Der Geschäftsführer des Turnfestes, Dr. Körner, betonte gleichfalls, daß das Turnfest der Wirtschaft von Stadt und Land einen großen Antrieb geben werde. Geplant ist eine besondere Ausschmückung der Stadt, insbesondere der Festzugsstraßen. Mit den Vorbereitungen hierfür sind Stuttgarter Künstler beschäftigt. Es wurde als die Aufgabe des Einzelhandels bezeichnet, sich in den Dienst der Ausschmückung zu stellen. Seine besondere Unterstützung wurde auch für die Turnfestlotterie erwünscht.

Zum 50jährigen Jubiläum des Evang. Kirchengesangsvereins für Deutschland

ep. Die Ordnung des diesjährigen Deutschen Kirchengesangstages vom 10. bis 12. Juni 1933 in Stuttgart ist nunmehr endgültig folgendermaßen festgelegt:

Am Samstag, 10. Juni, abends 8.30 Uhr: Geistliche Musik in der Markuskirche. Die Hauptausführung findet abends 8 Uhr in der Stiftskirche statt. Vereinigte Stuttgarter und Cannstatter Kirchenchöre werden unter der Leitung von Professor Martin Mejer Kantaten von J. S. Bach singen.

Die Feier am Dreieinigkeitsfest soll eingeleitet werden durch Turmblösen und Kurrendesingen. Vormittags 9.30 Uhr wird in der Stiftskirche der Festgottesdienst stattfinden; die Festpredigt hat Kirchenpräsident D. Wurm übernommen; außerdem werden in sämtlichen anderen Kirchen Festgottesdienste stattfinden, zum Teil mit auswärtigen Festpredigern und Kirchenchören.

Am 11.30 Uhr wird im Festsaal der Württ. Hochschule für Musik der Festball sein; Zutritt ist nur auf Grund einer besonderen Zulassungskarte möglich. Nachmittags 2.30 Uhr werden die Gemeindefeststunden in der Hofkapell, Leonhards- und Stiftskirche sein (Leiter: Dr. Seibert-Vorch, Kirchenmusikdirektor Götz-Tübingen, Studienprofessor Hopfmüller-München); anschließend findet das öffentliche Singen auf dem Marktplatz statt, bei dem im Wechsel von Chören, Bläsern und ganzer Teilnehmerschar kirchliche Volksgesänge gesungen und gespielt werden sollen.

Von 6 bis 9 Uhr abends findet ein Volksabend in der Stadthalle statt mit wenigen Ansprachen, dafür mit umso mehr Singen und Spielen von Chören, Bläsern, auch gemeinsamen Gesängen. Während der Pause wird Gelegenheit sein, Erfrischungen einzunehmen.

Am Montag, 12. Juni wird der Organist der Leonhardskirche, Hellmut Wihela, von 9-10 Uhr vormittags in der Leonhardskirche Orgelwerke zeitgenössischer Tonsetzer spielen, als Einführung zum Vortrag von Vic. Dr. Söhngen-Berlin über „Zeitgenössische Kirchenmusik und evangelische Kirche“. Der Vortrag wird im Rahmen der öffentlichen Hauptversammlung des Evang. Kirchengesangsvereins für Deutschland um 10.30 Uhr im Konzertsaal der Vederhalle stattfinden. Am Nachmittag werden die Festgäste durch den Schönbuch nach Tübingen fahren; dort wird Universitätsmusikdirektor Professor Dr. Haffel an der von ihm entworfenen Orgel in der Neuen Aula der Universität einleitende Worte über gegenwärtige Frage im Orgelbau und in der Orgelmusik sprechen und anschließend Werke alier und neuer Meister spielen.

Handel und Verkehr

Die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1932

Die Bücher der Reichshauptkasse für das Rechnungsjahr 1932 ergeben folgendes Bild: Ende des Rechnungsjahres 1931 war beim ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 1699 Millionen RM. vorhanden. Hieran sind im Rechnungsjahr 1932 durch die außerordentliche Schuldentilgung 420 Millionen RM. abgedeckt worden. Das Rechnungsjahr 1932 bleibt somit mit einem Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von 1279 Millionen RM. belastet. Im Rechnungsjahr 1932 ist beim ordentlichen Haushalt ein neues Gebühretag in Höhe von 610 Millionen RM. entstanden, der in der Hauptsache auf das weitere Abfließen der Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Die Steuern und Zölle sind um rund 817 Millionen RM. hinter den Haushaltsanfragen zurückgeblieben. Die in das neue Rechnungsjahr übergehenden Reste sind gegenüber dem Vorjahre um 67,7 Millionen RM. auf 225,4 Millionen RM. gesunken. Der Ende 1931 beim außerordentlichen Haushalt verbliebene Fehlbetrag von 470,9 Millionen RM. war im Vorjahre auf den ordentlichen Haushalt übernommen worden. Zur Deckung der am Schluß des Rechnungsjahres 1931 verbliebenen Reste des außerordentlichen Haushalts war ein Bestand von netto 57,9 Millionen RM. auf das Rechnungsjahr 1932 übertragen worden. Die Ausgaben haben 20,8 Millionen RM. betragen, so daß nach ein Bestand von 37,1 Millionen RM. verbleibt, der zur Deckung der noch abzuwickelnden Restausgaben des außerordentlichen Haushalts dient. Unter Berücksichtigung der Fehlbeträge aus den Vorjahren ergibt sich am Ende des Rechnungsjahres 1932 ein Gesamtfehlbetrag von 1889 Millionen RM.; er ist also um 190 Millionen RM. gesunken. Das Abschlußergebnis für 1932 kann angesichts der weiteren Verhärtung der Wirtschaftskrise im abgelaufenen Jahre nicht als unzulässig bezeichnet werden.

Börjen

Berliner Börjensbericht vom 8. Juni. Die Parabolierung des Bierspaktes bildete auch noch zu Beginn der heutigen Börse das Hauptgesprächsthema. Zweifelloser war der Kurse hierdurch ein Anstiegsmoment der letzten Tage genommen, besonders da nunmehr der Start der Weltwirtschaftskrisen absehbar sein dürfte. Im allgemeinen gingen die Abweichungen nach beiden Seiten nicht über 1 Prozent hinaus. Im Verkaufslieben Aktien meist sehr ruhig und bröckelten eher noch um 0,25-0,5 Prozent



ad. Die darauf gedruckten deutschen Anzeigen hatten dagegen nach einer schwächeren Erklärung ziemlich lebhaftes Interesse aufzuweisen und hielten ihre Anfangserlöse voll wieder ein. Bei den übrigen Renten war das Geschäft zwar ruhiger als an den Vortagen. Die Tendenz konnte aber als gut bezeichnet werden.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 8. Juni. Weizen märk. 193 bis 195, Roggen märk. 153-155, Futter- und Industriegetreide 164 bis 174, Daler märk. 135-139, Weizenmehl 23-27,25, Roggenmehl 20,75-22,85, Weizenkleie 8,70-8,90, Roggenkleie 9-9,20, Bistortierbiden 23,50-27,50, kleine Speiseerbsen 20-21, Futtererbsen 13-15 RM. Allgemeine Tendenz: rubig.

Wälder

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 8. Juni

Zufuhr: 1 Bull, 4 Jungbullen, 19 Rinder, 95 Kälber, 128 Schweine, Anverkauf: 2 Jungbullen, 8 Rinder, 29 Schweine. Kälber: feinste Markt- und beste Saual 41-43 (42-44), mittl. 34-38 (35-40). Schweine: über 500 Pfd. 36 (37-39), von 240-300 Pfd. 25 (37-39), von 200-240 Pfd. 36-37 (38-39), von 160-200 Pfd. 34-36 (36-37) RM. Verkauf: Großvieh nicht notiert; Kälber und Schweine langsam.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 8. Juni. Kattlieb: 17 Kälber, 6 Schafe, 61 Schweine, 651 Ferkel und Käuer. Preise: Käuer 17-20, Ferkel bis 4 Wochen 11-13, über 4 Wochen 14 bis 16 RM. Marktverlauf: Ferkel und Käuer rubig.

Florsheimer Schlachtviehmarkt vom 8. Juni. Kattlieb: 6 Ochsen, 2 Kälbe, 31 Rinder, 19 Färren, 113 Kälber, 1 Schafe, 360 Schweine. Preise: Ochsen 25-30, Färren 24-29, Kälbe 14-23, Rinder 27-34, Kälber 38-44, Schweine 37-40 RM. Marktverlauf: mäßig belebt.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 7. Juni. Zufuhr: 26 Ochsen, 28 Bullen, 23 Kälbe, 91 Färren, 244 Kälber, 744 Schweine. Preise: Ochsen 19-31, Bullen 17-27, Kälbe 11-22, Färren 19 bis 33, Kälber 24-45, Schweine 34-42, Säuen 28-30 RM. Tendenz: Schweine und Großvieh langsam, gerinaer Ueberstand, Kälber langsam veräuert.

Breisburger Schlachtviehmarkt vom 7. Juni. Zufuhr: 15 Ochsen, 26 Rinder, 11 Färren, 19 Kälbe, 180 Kälber, 440 Schweine, 15 Schafe. Preise: Ochsen und Rinder 25-32, Färren 24-27, Kälbe 18-22, Kälber 36-44, Schweine 35-41, Schafe 22-26 RM. Marktverlauf: Großvieh mittelmäßig, Kälber und Schweine sehr langsam, Landfleisch zwei Pfennig unter Notiz, Ueberstände bei Großvieh und Kälbern, großer Ueberstand bei Schweinen.

Altensteig, 9. Juni. (Weg- und Schweinemarkt.) Dem gestrigen Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 187 Paar Milchschweine, Preis pro Paar 40-50 RM., 21 Stück Länderschweine, Preis pro Stück 25-40 RM. Marktverlauf lebhaft. — 17 Paar Ochsen, Preis pro Paar 620-760 RM., 13 St. Kälbinnen, Preis pro Stück 280-350 RM., 16 St. Kälbe, Preis pro Stück 240-320 RM., 32 St. Jungvieh, Preis pro Stück 90 bis 260 RM. Marktverlauf mittelmäßig. — Der Räummarkt war gut besetzt und der Verkauf lebhaft.

Holzpreise

Altensteig, 8. Juni. (Langholzverkauf.) Die Gemeinde verkaufte das restliche Langholz im Submissionsweg um 32,6 Prozent.

Badische Obstmärkte
Wälder Obstmarkt vom 7. Juni. Preise: Erdbeeren 48-50, Kirichen 13-15 Pf. — Milchweierer Obstmarkt vom 7. Juni. Preise: Erdbeeren 50-52 Pf., Verkauf gut. — Oberkircher Obstmarkt vom 7. Juni. Preise: Erdbeeren 40-50, Kirichen 15-18 Pf.

Buntes Allerlei

Eine merkwürdige Selbstmordthat

Ein ungewöhnliches Stück an Tollkühnheit vollbrachte vor wenigen Tagen ein japanischer Kriminalbeamter, der sich 500 Meter tief in den flammenerfüllten Krater des Mt. Mihara, eines tätigen Vulkans, hinunterfallen ließ. Der Mt. Mihara erhebt sich auf der Ohima-Insel in der Bucht von Tokio. Er hat in den letzten Wochen eine furchtbare Bedeutung bekommen. In Unmengen zog er Selbstmörder an, die sich in den Krater stürzten. Es ging so weit, daß man von einer regelrechten Selbstmordplage sprechen mußte. Die Aufgabe des japanischen Kriminalbeamten war, einmal festzustellen, was aus den Körpern der Unglücklichen wurde, die sich in die lodenden Lavamassen hineingestürzt hatten. Allein in einer Woche hatten sich vierunddreißig Menschen in den Vulkan gestürzt. Unter den letzten Toten befanden sich junge Leute aus ersten japanischen Adelstriben. Ihre Familien waren es, auf deren Betreiben hin die Behörden dem Kriminalbeamten den Auftrag gaben, mit allen Mitteln zu versuchen, die Leichname zu bergen. Wenigstens aber sollte er feststellen, ob eine solche Bergung möglich sei. Ein Stahlblech wurde quer über den Krater gezogen und der Kriminalbeamte in einem Stahlkäfig von der Mitte des Seiles aus hinuntergelassen. Er trug einen Abseilzug und über dem Oberkörper eine Art Taucherglocke, wie sie auch bei der japanischen Feuerwehr Verwendung findet. Als man den Mann wieder herauszog, konnte er nur berichten, daß er einen einzigen Körper gesehen hätte. Er lag auf einer vorspringenden Rippe und war unmöglich zu erreichen. Von den Körpern der anderen Toten hatte er nichts gesehen. Offenbar waren sie schon von den Flammen verzehrt worden. Seit einigen Tagen wird der Kraterstand des Mt. Mihara unter jändiger polizeilicher Beobachtung gehalten. Fünf starke Wachabteilungen machen Tag und Nacht Dienst. Wie notwendig dies ist, beweist die Tatsache, daß an einem einzigen Tag neunzig Menschen verhaftet wurden, die alle Selbstmord durch einen Sturz in den Krater begehen wollten.

Letzte Nachrichten

Vorkampf Schmeling-Baer

Newport, 9. Juni. (Telegramm.) Im Vorkampf Schmeling-Baer, dem 65 000 Zuschauer beimohnten, wurde Baer in der 10. Runde zum Sieger durch technisches K.o. erklärt.

Eine Ehrengabe des Hamburger Senats an Reichsminister Dr. Göbbels

Berlin, 8. Juni. Der Staatssekretär beim Statthalter von Hamburg, Ahrens, übergab heute Reichsminister Dr.

Göbbels im Auftrage des Hamburger Senats als Ehrengabe die Handschrift des Hamburgischen Stadtrechts von 1497. Die in wunderbarem Pergament gebundene Handschrift enthält folgende Widmung der Freien und Hansestadt Hamburg: „Reichsminister Dr. Joseph Göbbels, dem Herrsch des Dritten Reiches und unermüdlischen Kämpfer wahrer deutscher Gesinnung, der durch die Gewalt des Wortes in hervorragender Weise dazu beigetragen hat, Stände und Klassen, Länder und Stämme aufzuheben in einer wahren Volksgemeinschaft überreicht vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg den 8. Juni 1933. Der regierende Bürgermeister gez.: Krogmann.“

Eine sozialdemokratische Wochenchrift „Vorwärts“ in Prag
Prag, 8. Juni. Nach einer Meldung des „Prager Tagblattes“ wird in den nächsten Tagen in Prag eine sozialdemokratische Wochenchrift „Vorwärts“ erscheinen, und zwar als eine Art Ersatz für das frühere Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Chefredaktion wird der ehemalige Chefredakteur des Berliner „Vorwärts“, Friedrich Stammer, übernehmen. Das Blatt soll als Informationsorgan über die Situation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland für das Ausland dienen.

Hausdurchsuchungen beim Deutschen Soldatenbund in Oesterreich
Wien, 8. Juni. Der Polizei sollen, wie die Blätter erfahren, bei den Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der DSDA, auch ausführliche Listen der Mitglieder des Deutschen Soldatenbundes von ganz Oesterreich in die Hände gefallen sein, so daß die Erhebungen auf alle Landeshauptstädte und sonstigen Garnisonen ausgedehnt worden seien, in denen sich Ortsgruppen des Soldatenbundes befänden. Im Zusammenhang damit glauben einige Blätter zu wissen, daß die Auflösung des Deutschen Soldatenbundes beschlossene Sache sei. Besonders von der Heimatdruckpresse wird ferner behauptet, daß der morgige Ministerrat sich auch mit der Frage des Verbots bezw. mit der Auflösung der DSDA in Oesterreich befassen werden.

Wittern vor dem Wiederaufstieg

Moskau, 8. Juni. Aus Belosoo läuft die telefonische Nachricht ein, daß Wittern die Reparaturarbeiten an seinem Flugzeug beendet hat und im Begriff ist, zum Weiterfluge zu starten.

Wetter für Samstag

Da das nordeuropäische Hochdruckgebiet fortbesteht, ist für Samstag vielfach heiteres und trockenes, aber zu vereinzelt Gewitterstürzen geneigtes Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: K. Paul

Altensteig-Stadt
Freiwillige Feuerwehr
Nächsten Montag, den 12. Juni 1933 rüchen
1. Kompagnie
und die Führer der 2. und 3. Kompagnie zur Übung aus. Anreten präzis 7 Uhr abends.
Den 9. Juni 1933. Das Kommando.

Ebershardt, den 9. Juni 1933.
Trauer-Anzeige.

Tiefbetrabt geben wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, treubesorgte Mutter, Schwester und Schwägerin
Marie Sprenger
geb. Günther
Lammwirts-Witwe
gestern mittag 1/21 Uhr im Alter von 55 Jahren durch einen H. raschlag jah von uns gerissen wurde.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Kinder Fritz, Nane und Berta.
Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

Grünen Baum Lichtspiele
Samstag und Sonntag
„Douaumont“
Ein Tonfilm aus dem großen Krieg.
Die Darsteller sind fast ausschließlich Verdunkämpfer, unter ihnen die Erstürmer des Forts Leutnant Radtke und Hauptmann Haupt.

Sommerprossen
werden unter Garantie durch
Venus
Stück 8 bes. billig. 1.20, 1.25
Gegen Pickel, Milieusor Stöckha.
Löwen-Drogerie Hiller.
Zuverl. Person
für dort, Bezirksfiale als Generalvertr. gesucht, boh. dauernder Verdienst, Beruf gl. (kostenlos)
Gehring & Co. G.m.b.H.
Unkel, Rhein 2018
Komme morgen mittag von 2-5 Uhr mit frischem

billigem Gemüse
Frau Koch.
Autokarten
in großer Auswahl in der Buchhandlung Lauk Altensteig und Nagold

Altensteig
Sommer-Mäntel
Geschäfts-Mäntel
Sommer-Toppen
Knaben-Anzüge
Arbeits-Anzüge
Arbeits-Hosen
Anzugstoffe
Hosenträger
empfiehlt billigt
Fritz Wizemann.

Nachruf.

Hierdurch erfüllen wir die schmerzliche Pflicht, von dem am 8. Juni erfolgten Ableben unseres
Herrn Fritz Schmidt
Verbandsdirektor Station Teinach
Kenntnis zu geben.
Der Verstorbene hat in 22jähriger rastloser Tätigkeit als Kassier und nachheriger Direktor seine ganze Kraft für den Verband eingesetzt und denselben zu ungeahnter Blüte emporgeführt. Dieses Verdienst wird in der Geschichte des Verbandes unvergänglich bleiben und ihm für alle Zeiten ein ehrendes Gedenken sichern.
Elektrizitätswerk Teinach Station (G.E.T.)
Wurster, kommissarischer Verbandsvorsitzender.
Beerdigung in Calw am 10. Juni, nachmittags 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

Für Wanderer: Werbe
Wanderkarten
Straßenkarten
Reiseführer
Mundharmonikas
Liederbücher
des würt. Schwarzwalddereins empfiehlt die
Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.
für Deinen Geschäftsbetrieb, der mit eingereicht werden soll in den Aufstieg der Wirts halt
durch gute Druck-Arbeiten
aus der
W. Riekerschen Buchdruckerei Altensteig
die für moderne, wirksame Aufmachung aller Drucksachen von der einfachsten Postkarte bis zum vielfarbigen, umfangreichen Katalog Sorge trägt.
Fachmännische Beratung in allen Fragen der Werbung

